Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 247. Montag den 3. September 1888. 82. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die **Entschädigung** für die in der Zeit vom **18. bis mit 31. August** dieses Jahres allhier an der resp. **18. zum 19. Emilien-, Lampe-** und **Windmühlenstraße** einquartiert gewesenen Truppen vom **Königlichen 8. Infanterie-Regiment Nr. 107** kann in den nächsten Tagen bei unserm Quartieramte, Stadthaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 107 erhoben werden.

Der den Quartierzettel Vorweisende gilt als zur Empfangnahme berechtigt.

Leipzig, am 1. September 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
x/M. 7269. Dr. Tröndlin. Lamprecht.

Bekanntmachung.

Die Pflasterung der Fahrstraße um den **Körner-Platz** mit Schlackengußsteinen soll an einen Unternehmer verdungen werden.

Die Bedingungen liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen, resp. gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift
„Pflasterung des Körner-Platzes"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum 8. September dieses Jahres, Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht der Auswahl, sowie die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 30. August 1888.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbaudeputation.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Armenamte sollen im Stadthause allhier

Donnerstag, den 6. September 1888,
Vormittags von 9 Uhr an
eine Partie getragene Kleidungsstücke, eine Nähmaschine, Möbel-, Haus- und Küchengeräthe, Betten und dergl. mehr meistbietend versteigert werden.

Leipzig, den 1. September 1888.

Das Armenamt.
Ludwig-Wolf. Jungklaus.

Gefunden

wurden im Juni d. J. und am 18. bez. 25. dieses Monats in der inneren Stadt
eine **Landwehr-Dienst-Auszeichnung II. Classe** und
ein **eisernes Kreuz II. Classe**, sowie
eine **Kriegsdenkmünze** für Combattanten **v. J. 1864.**

Die unbekannten Eigenthümer hierzu werden hierdurch aufgefordert, sich zur Empfangnahme der Gegenstände an unterzeichneter Amtsstelle zu melden.

Leipzig, am 31. August 1888.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. M.

Holz-Auction.

Im Universitätsholze bei Liebertwolkwitz sollen
Mittwoch, den 12. September dss. Jrs.,
von **Vormittags 9 Uhr an**
23 Raummeter eichene Nutzscheite,
167 „ eichene, buchene und birkene Brennscheite,
4 „ eichenes Reuthholz,
408 „ hartes Brennreisig in Langhaufen,
165 fichtene Derbstangen von 8—12 cm Unterstärke und 6—7 m Länge,
2930 fichtene Reststangen von 3—7 cm Unterstärke und 3—7 m Länge und
27,8 Wellenhundert fichtenes und kiefernes Brennreisig
auctionsweise verkauft werden.

Kauflustige werden ersucht, zu der angegebenen Zeit **auf dem Kahlschlage am Störmthaler Wege** der Universitäts-Waldung sich einzufinden. Die geordneten Anzahlungen sind sofort nach dem Zuschlage zu bewirken.

Leipzig, am 29. August 1888.

Universitäts-Rentamt.
Gebhardt.

Bekanntmachung.

Montag, den 24. September 1888,
Vormittags ½11 Uhr,
soll auf der Expedition des unterzeichneten Gemeindevorstandes die der hiesigen Gemeinde gehörige

Lindenhauswirthschaft

auf 6 Jahre vom 1. Mai 1889 ab unter den im Termin bekannt zu machenden, auch vorher auf dem Rathhause einzusehenden Bedingungen öffentlich an den Meistbietenden, jedoch mit Vorbehalt des Zuschlags und der Auswahl unter den Bietern, **verpachtet** werden.

Zur Orientirung wird für auswärtige Reflectanten bemerkt, daß die zu verpachtende Wirthschaft in den letzten Jahren jährlich gegen 570 Hektoliter Lagerbier aus der hiesigen städtischen Brauerei bezogen hat, daß mit derselben die Wirthschaft zweier geschlossener Gesellschaften verbunden ist und der Verkehr der hiesigen Badegäste, wie überhaupt starker Sommerverkehr in den mit schönen Anlagen umgebenen Pachtlocalitäten stattfindet.

Der Pächter hat 2000 ℳ Caution zu leisten.

Blankenhain in Thür., den 21. August 1888.

Der Gemeinde-Vorstand.
Schneider.

Bekanntmachung.

Eintrittskarten zur Synagoge und deren Filiale werden ferner ausgegeben:

Montag, den 3. September 1888, Nachmittag 3—5 Uhr,
in der Gemeindekanzlei im Synagogengebäude, Tr. I. **Die diesjährigen Gemeindesteuer-Quittungen sind mitzubringen.**

Ebendaselbst ist das von Herrn Rabbiner Dr. **R. M. Goldschmidt** herausgegebene Gebetbuch käuflich zu haben.

Leipzig, den 30. August 1888.

Der Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 3. September.

* Wie nach der „Staaten-Correspondenz" verlautet, wird der nächstjährige **Reichs-Militair-Etat keinerlei Mehrforderungen** enthalten. Dagegen darf als sicher angenommen werden, daß der **Etat der Marine** Neuforderungen, namentlich auch für Schiffsbauten enthalten wird, wie solche bereits in der vorjährigen Denkschrift angekündigt und auch noch auf Anordnung des Generals von Caprivi in den in der Vorbereitung begriffenen Etatsentwurf eingestellt worden sind. Der weiteren planmäßigen Entwickelung der Marine dürften namentlich die Erfahrungen der diesjährigen sehr umfassenden Flottenmanöver mit zu Grunde gelegt werden.

* Nach der amtlichen Anzeige von der in Potsdam vollzogenen **Taufe**, die sich im „Reichs- und Staats-Anzeiger" findet, ist der **Rufname** des jüngsten kaiserlichen Prinzen **Oscar**.

* Den **Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuches** unterzieht in den „**Grenzboten**" der frühere Abgeordnete und Reichsgerichtsrath **Otto Bähr** einer Kritik. Bähr gesellt sich denen zu, welche das Werk entschieden ablehnen. Es heißt in dem Artikel:

Gewiß nur Wenige, die überhaupt ein Urtheil haben, werden in dem Entwurfe das gefunden haben, was sie von einem deutschen Civilgesetzbuch erwarteten. Werthvoll darin ist Vieles, von dem Positiven, was der Entwurf, meist unter Benutzung schon bestehender deutscher Landesgesetze, neu geordnet hat. In seinem ganzen Aufbau aber ist der Entwurf, trotzdem daß vorzugsweise Praktiker an ihm gearbeitet haben, ein doctrinaires Werk geworden, das in seiner gekünstelten Sprache nicht nur jeder Volksthümlichkeit entbehrt, sondern auch für den Juristen schwer verständlich ist und das auch nicht auf der Höhe praktischer Wissenschaft steht. Man könnte zu seiner Rechtfertigung sagen, daß er aus den bestehenden Theorien ungefähr das Mittel ziehe und daß daher die Rechtsprechung so ziemlich die nämliche bleiben werde, wie sie jetzt ist. Darin dürfte aber eine Täuschung liegen. Eine Rechtsprechung, die nicht mehr über den Werth eines gegebenen Gesetzbuchs steigen kann, muß unregelmäßig unter den Werth desselben heruntergehen .... Hinter dem Entwurfe lagerten sich, breit und anspruchsvoll, zunächst die „Motive", die ohne Zweifel in erster Linie als „Geist der Rechtsordnung" gelten und deshalb vor allem studirt und respectirt sein wollen. Leider aber sind diese Motive nicht durchweg von der Art, daß man sie als „Geist" anpreisen könnte. Dafür enthalten sie zu viel unwissenschaftlich Gedachtes. Der Entwurf mit seinen Motiven ist nicht geeignet, eine neue Wissenschaft zu erzeugen. Nur das dürftige Bacillenleben der Commentare wird reichlich in ihm Nahrung finden ....

Hätte man sich entschlossen, auf dem Wege der Einzelgesetzgebung vorzuschreiten, so hätte man zunächst Gegenstände auswählen können, bei denen vorzugsweise ein Bedürfniß für einheitliche Rechtsgestaltung vorläge. Es würden dies voraussichtlich auch gerade solche gewesen sein, die sich vorzugsweise zur positiven Ordnung durch Gesetz eignen. Hätte man alljährlich ein oder zwei Gesetze dieser Art bearbeiten lassen, so würden auch die Factoren unserer Gesetzgebung eine wirklich nutzbringende Thätigkeit bei ihnen auszuüben im Stande gewesen sein. Unser Volk, und namentlich auch unser Juristenstand, würden dann nach und nach in die Einheit hineingewachsen sein, was weit wohlthätiger gewirkt hätte, als wenn man ihnen jetzt ein ganzes neues Gesetzbuch über den Kopf gießt. Wäre in dieser Weise in den fünfzehn Jahren, seit denen das Gesetz vom 20. December 1873 besteht, vorgegangen worden, so könnten wir jetzt schon die Hälfte von dem, was in dem Entwurfe wirklich von Werth ist, als einheitliches Recht besitzen. Auch heute noch ließen sich ganze Kapitel aus dem Entwurfe herausschneiden, um als Specialgesetze verwendet zu werden. Wenn dann neben diesem Vorschreiten der Reichsgesetzgebung zugleich die Landesgesetzgebungen sich die Mühe hätten geben wollen, in den aus früherer Zeit überkommenen, theilweise recht wüsten Rechtszuständen ihrer Länder einigermaßen aufzuräumen, so würden wir auf diese Weise zu einer vernünftigen Rechtseinheit gekommen sein, ohne so vieles Werthlose, dessen Folgen sich gar nicht übersehen lassen, mit in den Kauf nehmen zu müssen.

Statt in der gedachten Weise zu verfahren, hat man — gleichsam à fonds perdu — zur Anfertigung eines Civilgesetzbuches Auftrag gegeben. Nach einer langen Reihe von Jahren liegt jetzt — ich glaube, daß dies wohl ziemlich allgemein anerkannt werden wird — ein wenig ansprechendes Werk vor. Soll dieses nun doch zum Gesetze erhoben und damit die ganze Rechtsentwicklung in Deutschland zum Abschluß gebracht werden? Dann würden wir neben dem übel ausgefallenen Civilproceß auch noch ein unbefriedigendes materielles Recht haben. Für den Mißerfolg der Civilproceßordnung kann es noch zur Entschuldigung dienen, daß sie zur Zeit ihrer Einführung fast allgemein für ein Mustergesetz gehalten wurde. Für das Civilgesetzbuch würde diese Entschuldigung nicht zutreffen. Denn unsere juristisch gebildeten Staatsmänner können schon jetzt nicht darüber zweifeln, daß dasselbe für die Rechtsprechung keine wünschenswerthe Errungenschaft sein wird.

* Gegenüber mehrfachen Bezweifelungen fortschrittlicher Blätter ist die „Nationalzeitung" in der Lage, die Thatsache, daß die Berufung Herrn **von Bennigsens** aus eigenster Initiative **des Kaisers**, ohne jede Anregung von Seiten des Fürsten Bismarck erfolgte, vollinhaltlich aufrecht zu erhalten.

* Die durch Berufung des Herrn v. **Wedell** zum Minister des königlichen Hauses erledigte Stelle eines Regierungspräsidenten in Magdeburg soll demnächst zur Wiederbesetzung gelangen, ebenso die Stelle des Präsidenten der Regierung in Trier, dessen bisheriger Inhaber, Nasse, als Unter-Staatssecretair in das Cultusministerium berufen worden ist. Wie der „Kreuzzeitung" zufolge verlautet, würde Regierungs-Präsident Graf Baudissin in Oppeln das gleiche Amt in Magdeburg übernehmen. Als Nachfolger des Grafen Baudissin in Oppeln nennt man den vortragenden Rath im Ministerium des Innern, Geheimen Ober-Regierungsrath Dr. v. Bitter.

* **Man schreibt uns aus München:** „Nach der in hiesigen patriotischen Kreisen bestehenden Meinung wird die Betheiligung der **nationalliberalen Partei** an **hohen preußischen Staatsämtern** nicht auf die Ernennung Bennigsen's beschränkt bleiben. Nach guter Berliner Information wird auch der Bürgermeister von Frankfurt a. M., Dr. **Miquel**, Oberpräsident werden".

* * *

* Nach einer **Belgrader** Meldung der „Neuen Freien Presse" hat König **Milan** aus Toblach an das Consistorium ein Telegramm gerichtet mit der Aufforderung, die Antwort der Königin Natalie ihm einzusenden. Der König wünscht, in seinem Interesse und zur Erhärtung seiner Angaben die nöthigen Documente einzusenden, daher er den Wunsch aussprach, das Consistorium möge die diesbezüglichen Verhandlungen auf drei Monate vertagen.

* Ueber die jüngste „Spionagegeschichte" in Frankreich, sowie über den Mordanfall auf der Pariser Botschaft gehen der „Nationalzeitung" nachstehende Mittheilungen zu:

Wie zu erwarten war, nimmt ein großer Theil der Pariser Presse keine Notiz von der Berichtigung, daß der in Nizza verhaftete angebliche deutsche Spion Kilian von Hohenburg keine gefüllte Lebel-Patrone, sondern nur die leere Hülse einer Patrone des Straßgewehrs in einer Blumenschachtel versenden wollte. Dagegen fahren dieselben Organe fort, wühlende Artikel über die angebliche deutsche Spionage zu veröffentlichen, sowie die strenge Anwendung des Spionengesetzes und zur „Abwechselung" auch einmal wieder die Ausweisung der deutschen Correspondenten zu verlangen. Außerdem liegt heute Abend ein neues Havas-Telegramm folgenden Inhalts vor: Man versichert, Kilian von Hohenburg habe gegen den 10. August einem in Paris wohnenden Vermittler einen eingehenden vergleichenden Bericht über die italienischen und französischen Alpenmanöver übersendet. Er kündigt auch in seinem Briefe eine wichtige Sendung an. Die „öffentliche Sicherheit" hätte diese Correspondenz mit Beschlag belegt und darauf angewendet, Kilian von Hohenburg in den Augenblick zu verhaften, wo er die angekündigte Sendung expediren würde. Man sagt, daß die mit der Untersuchung beauftragten Richter genau den Weg aufnehmen lassen, den „Kilian" auf seiner Alpentour verfolgte, um festzustellen, wie und wo er in den Besitz der Patrone gelangt wäre, welche er einfach aufgelesen haben will. Dieses Havas-Telegramm macht den Eindruck, daß man mit dieser angeblichen Spionengeschichte den Eindruck des Mordanfalles auf der deutschen Botschaft abzuschwächen hofft, was doch ein gefährliches Spiel werden könnte. Daß Genaure für verrückt erklärt, also nicht vor Gericht gestellt werden wird, gilt schon jetzt als ganz zweifellos, obgleich über das Ergebniß der Beobachtungen der ärztlichen Irrenärzte noch gar nichts bekannt ist.

* **Frankreich will keinen Krieg**, fürchtet aber auch keinen. Das ist in Kürze der Sinn der Ansprachen, welche von dem Ministerpräsidenten Herrn **Floquet** und dem Marineminister Admiral **Krantz** am Freitag bei einem ihnen zu Ehren seitens der Stadt Hyères veranstalteten Festessen gehalten wurden. Hyères ist Flottenstation und man begreift, daß im Verfolg des nunmehr glücklich überwundenen Massaubzwischenfalls die Aufmerksamkeit der Franzosen sich in gesteigertem Maße der Flotte zuwendet, als desjenigen Instrumentes der Kriegführung, welchem im Falle eines Bruches mit Italien eine Rolle ersten Ranges beschieden sein würde. Mit der bei der Gelegenheit wiederholten Betheuerung der französischen Friedfertigkeit könnte Frankreich und das übrige Europa soweit ganz zufrieden sein, wäre dieselbe nicht unwandelbar von dem ominösen „Aber" gefolgt, welches in der rein fictiven Annahme wurzelt, daß Frankreich von irgend Jemandem zum Kriege herausgefordert werden könnte. Da nun die an der Spitze der Republik stehenden Persönlichkeiten soviel Kenntniß von dem wahren Charakter der europäischen Lage haben müssen, um genau wissen zu können, daß gerade bei demjenigen Staaten, gegen die Frankreich angeblich auf seiner Hut sein soll, auch nicht entfernt Neigung oder Anlaß vorhanden ist, Frankreich frivoler Weise mit Krieg zu überziehen, so erscheint der ominöse, mit „Aber" beginnende Nachsatz nur zu sehr geeignet, das Vertrauen der Friedensfreunde in die Ehrlichkeit der französischen Betheuerungen wesentlich zu verringern. Die bezüglichen Kundgebungen der Herren Floquet und Krantz theilen daher das Schicksal ihrer sämmtlichen Vorgängerinnen: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube." Friedensbetheuerungen mit Vorbehalt, zu dessen Formulirung bei ehrlicher Würdigung der Sachlage durchaus kein Grund erkennbar ist, können ein bisher vorhanden gewesenes Vertrauen erschüttern, werden aber ein bestehendes Mißtrauen ganz gewiß nicht abschwächen oder gar beseitigen. Wenn die Leiter der französischen Politik sich ein reelles Verdienst um die Ruhe Europas erwerben wollten, so könnten sie sich alle „Wenns" und „Abers" sparen, die durchaus den Eindruck machen, daß Alles nur Schein und Maske ist, sonst nichts.

* Der Sieg, den „Genosse" **Liebknecht**, der Candidat français, im 6. **Berliner Reichstagswahlkreise** davongetragen, hat in **Paris** den besten Eindruck gemacht. Der „Kölnischen Zeitung" wird gemeldet: Die französischen Socialdemokraten ließen an Liebknecht ein Glückwunsch-Telegramm abgehen; am Sonntag werden die französischen und deutschen Socialdemokraten eine Versammlung abhalten, um eine Adresse an Liebknecht abzufassen.

* Wie verlautet, hat **König Leopold II., der Belgier**, welcher kürzlich aus England zurückkehrte, die Bereitwilligkeit der englischen Regierung mitgebracht, sich an der geplanten neuen **afrikanischen Conferenz**, welche Ende October in **Brüssel** zusammentreten soll, zu betheiligen. Von verschiedener Seite ist gemeldet worden, daß auch die deutsche Reichsregierung dem Zusammentritt einer neuen Afrika-Conferenz geneigt ist, so daß derselben kaum irgend ein nennenswerthes Hinderniß im Wege steht. Das Programm der Conferenz wird keine Grenzregulirung enthalten, wie ursprünglich gemeldet wurde. Eine solche bleibt künftigen Vereinbarungen vorbehalten. In der That nehmen die fortgesetzten Besitzveränderungen im schwarzen Erdtheil einen solchen Charakter an, daß man von einer endgiltigen Theilung Afrika's noch lange nicht sprechen kann. Eine endgiltige Regelung der Grenzen ist also noch unmöglich. Die zwei Hauptpuncte mit denen die neue Afrika-Conferenz sich zu beschäftigen haben wird, sind die Unterdrückung der Sklaverei in Innerafrika und die Vertreibung der Araber, deren fortgesetzte Streifzüge aus Innerafrika eine förmliche Wüste machen. König Leopold will sein Ziel einerseits durch die Bewachung der afrikanischen Ostküste mittelst einer internationalen Flotille, sowie durch die strenge Bestrafung der Einfuhr von Waffen und Pulver in das Innere Afrikas erreichen. Ist den Sclavenjägern durch die Entziehung des Pulvers und der Waffen das Handwerk gelegt, so werden sie ihre Streifzüge selbst aufgeben müssen. Die Ergreifung energischer Maßregeln gegen die Araber in Mittelafrika erweist sich jetzt um so nothwendiger, als der Feldzug des Cardinals Lavigerie, welcher bekanntlich das gleiche Ziel verfolgte, gescheitert zu sein scheint. Nach den ersten Bulletins, welche die ultramontane Presse ausgab, hätte man meinen sollen, daß es ein Leichtes sein werde, in Belgien hundert Mann und eine Million zur Vertreibung der Araber aus dem Gebiete des Tanganjika-Sees aufzutreiben. Cardinal Lavigerie hat aber in dieser Richtung eine arge Enttäuschung erlebt. Es ist nicht blos durchaus zweifelhaft, ob sich in Belgien hundert Freiwillige für den Eintritt in die Legion des Cardinals finden werden, sondern die vom Cardinal veröffentlichte Sammelliste weist statt der Million bisher blos 25 000 Francs auf, schließt also mit einem vollständigen Fiasco. Im Unmuthe darüber hat Cardinal Lavigerie, welcher schon nach Deutschland abreisen wollte, in der letzten Stunde seine Absicht aufgegeben und ist nach Paris zurückgereist. Ob derselbe seinen Anti-Sclavenfeldzug wieder aufnehmen wird, ist nicht bekannt.

Zur Lage.

N. C. **Berlin**, 1. September. **Für den September** sind von verschiedenen Parteien größere **Wahlversammlungen** in Aussicht genommen, und man darf voraussehen, daß die **Wahlbewegung** von da ab in etwas regeren Fluß kommt. Bis jetzt hat sie sich in sehr ruhigen Bahnen abgespielt; in den meisten Wahlkreisen haben noch kaum die ersten einleitenden Schritte stattgefunden. Wenn man gleichwohl schon einen allgemeinen Eindruck gewinnen kann, so wird er dahin gehen, daß eine wesentliche und entscheidende Aenderung in der Zusammensetzung des **Abgeordnetenhauses** nicht zu erwarten ist. Nach zahlreichen Aeußerungen und Andeutungen in der Presse zu urtheilen, glauben alle Parteien Grund zu haben, im großen Ganzen auf die Behauptung ihres parlamentarischen Besitzstandes zu vertrauen und etwaige Verschiebungen doch nur in recht beschränktem Umfang zu erwarten. Das preußische Landtagswahlsystem ist ja auch nicht derart, um leicht plötzliche große Umwälzungen in der Vertretung entstehen zu lassen, es hat einen viel zu stabilen und conservativen Charakter. Es scheint auch, daß die Parteien sich der Hauptsache nach auf die Wahrung ihres Besitzstandes beschränken und Eroberungsversuche nur in mäßigem Umfang unternehmen werden. Insbesondere wird unter den sogenannten Cartelparteien von einem allgemeinen systematischen Kampf und Krieg, trotz so mancher Plänkeleien in der Presse nicht die Rede sein können. In manchen Wahlkreisen mögen Conservative und Nationalliberale eine Kraftprobe anstellen, im großen Ganzen werden sie sich ihren Besitzstand gegenseitig nicht antasten können und wollen. Eine **conservativ-nationalliberale Mehrheit** ist auf alle Fälle auch für das nächste Abgeordnetenhaus gesichert. Die Gefahr, daß die beiden conservativen Parteien so weit erstarken, um für sich allein eine Mehrheit zu bilden, scheint uns ausgeschlossen. Ob es gelingt, die Wiederkehr einer deutschconservativ-klerikalen Mehrheit zu hintertreiben, wagen wir nicht zu entscheiden. Wünschenswerth wäre es allerdings, nachdem die conservative Parteileitung es in den verflossenen Sessionen wiederholt dahin gebracht hatte, daß diese Mehrheit die parlamentarische Action an sich riß.

Bei allen in neuerer Zeit stattgehabten **Nachwahlen zum Reichstag** war ein starker **Rückgang der Stimmenzahl** gegenüber den Wahlen vom Februar 1887 zu bemerken. An diesem Rückgang nahmen zwar sämmtliche Parteien Theil, zum geringsten Procentsatz aber die radicalen Richtungen. Freilich liegt es in der Natur der Sache, daß die radicalen Parteien ihre Anhänger besser in Bewegung und Aufregung zu halten wissen, als die gemäßigten und conservativen. Man kann auch sagen, bei jenen bedeutet eine Verminderung der Stimmenzahl in der That eine Abnahme der Anhänger, bei diesen nur ein vielleicht vorübergehendes Einreißen von Trägheit und Gleichgiltigkeit. Es ist auch wohl begreiflich, daß eine gewisse Ermüdung und Erschöpfung in der Wählerschaft sich zeigt in einem Augenblick, wo besonders aufregende Fragen nicht zur Entscheidung stehen, wie zu Beginn des vorigen Jahres. Bis zu einem gewissen Grad ist es auch gerechtfertigt, wenn man sagt, diejenigen, die sich der Wahlstimme enthalten, seien zum größten Theil als mit den bestehenden Zuständen zufriedene Staatsbürger zu betrachten. Indessen wäre es allerdings wünschenswerth, diese Zufriedenheit äußerte sich activ und nicht in der zweifelhaften Weise des Fernbleibens von den Wahlurnen, wie es ganz besonders den staatserhaltenden Parteien eigen ist und zum Vorwurf gemacht werden muß.

Die Frucht der **Berathungen der preußischen Bischöfe zu Fulda** kommt jetzt in einem Schreiben an Papst Leo XIII. zum Vorschein. Der Inhalt dieses Schriftstücks ist ein heftiger Protest gegen den den italienischen Kammern vorgelegten **Entwurf eines Strafgesetzbuchs**, worin die Bischöfe eine schwere Beeinträchtigung der Freiheit der Kirche und der Rechte des apostolischen Stuhles erblicken. Eine solche Einmischung in die Gesetzgebung eines fremden Staates verdient die ernstlichste Zurückweisung. Ueber deutsche kirchenpolitische Verhältnisse äußert sich das Schreiben nicht.

Herr **von Bennigsen** beabsichtigt bekanntlich nach seiner Ernennung zum Oberpräsidenten ein Reichstagsmandat aufs Neue anzunehmen. **Seine Wiederwahl ist vollkommen gesichert.**

Zur Taufe in Potsdam.

* Die „Post" bringt noch die folgenden interessanten **Nachträge zur Taufe des fünften Sohnes des Kaiserpaares** in Potsdam:

Ihre Majestät die **Kaiserin Augusta Victoria** fuhr in einem offenen, à la Daumont bespannten Wagen vom Marmor-Palais nach dem Stadtschlosse. Ihre Gestalt war in ein Mantelet von weißem Damast und weißem Schwan gehüllt, das Haupt mit einer weißen Spitzenhaube bekleidet. Wenn es eine Berechtigung des Stolzes giebt, so ist es der einer Mutter auf ihre Kinder. Drei Söhne sahen ihr gegenüber in weißen Blousen und weißen Strohhüten, zwei, Prinz August Wilhelm und der Täufling, folgten in einem geschlossenen Wagen. Und der Mutterstolz auf diese fünf Söhne, die sie ihrem Gemahl und dem Lande geboren, lag auf den Zügen der Kaiserin, ein glückliches Lächeln in vollen Jugendschimmer ging über ihr Antlitz, als wollte sie, huldvoll nach allen Seiten grüßend, zu all den Tausenden, die zu ihr aufjubelten, sagen: „Seht, das ist meine schönste Krone".

Der kleine Prinz mit dem vollen Gesichtchen und den vollen Aermchen war wie von einem rosigen Hauch überflogen. Während der ganzen heiligen Handlung ließen sich von ihm nur ein paar schwache Laute hören; im Ganzen muß ihm die Rolle gegeben werden, daß er sich bei der Taufe eines vortrefflichen Betragens befleißigte. Er schlief auch ruhig weiter, als er nach der Taufe in die Paradewiege gelegt ward, die eigentlich eine sehr einfache ist. Aus braunem geschnitzten Eichenholz mit dem Allianz-Wappen der kaiserlichen Urgroßeltern und Großeltern in directer Linie, der preußische Adler hält einen Vorhang und unter diesem lag das Kind im süßen Schlummer. Ueber die Wiege war die Schleppe aus Silberstoff gebreitet, auf einem reichen silbergeschnitzten, mit hellblauem Atlas überzogenen Sessel saß Ihre Majestät die Kaiserin neben der Wiege ihres Kindes. An ihrer Seite befand sich der Taufvater Se. Majestät der Kaiser und rings die fürstlichen Taufpathen, die Fürstlichkeiten und der Hof.

Dann defilirten aus der Bibliothek heraus sämmtliche Taufzeugen und Gäste um durch tiefes Neigen ihren Glückwunsch zu dem neuen